



Brüssel, den 13. November 2025
(OR. en)

15245/25

**SOC 766
EMPL 503
SIMPL 174
ANTIDISCRIM 105
GENDER 196**

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.: Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung in den Bereichen
Beschäftigung und Soziales
– *Gedankenaustausch*

Die Delegationen erhalten anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zu dem oben genannten Thema für den Gedankenaustausch auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 1. Dezember 2025.

Orientierungsvermerk

Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)

Brüssel, 1. Dezember 2025

Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung in den Bereichen Beschäftigung und Soziales

Seit den Berichten von Mario Draghi und Enrico Letta aus dem Jahr 2024 wird zunehmend anerkannt, dass die Wettbewerbsfähigkeit Europas gestärkt werden muss, unter anderem durch die Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Komplexität der Rechtsvorschriften, um die EU dabei zu unterstützen, in einer zunehmend komplexen und umkämpften Weltordnung wettbewerbsfähig zu bleiben.

In der Erklärung von Budapest vom 8. November 2024 forderten die Staats- und Regierungschefs die „*Einleitung eines revolutionären Vereinfachungsprozesses, der für einen klaren, einfachen und intelligenten Regelungsrahmen für Unternehmen sorgt und den Verwaltungs-, Regulierungs- und Berichtsaufwand, insbesondere für KMU, drastisch verringert*“. Im Kompass für eine wettbewerbsfähige EU¹ wird bekräftigt, dass die Bürgerinnen und Bürger das Fundament der Wettbewerbsfähigkeit Europas bilden, und betont, dass die Wiederherstellung der Wettbewerbsstärke Europas in den nächsten Jahren oberste Priorität haben muss.

Mehr als die Hälfte der KMU in Europa nennen regulatorische Hindernisse und den Verwaltungsaufwand als ihre größte Herausforderung. Die Kommission hat sich selbst das Ziel gesetzt, den Verwaltungsaufwand für alle Unternehmen um mindestens 25 % und für KMU um mindestens 35 % zu verringern.²

Um dieses Ziel durch die Vereinfachung der Rechtsvorschriften und die Verringerung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen zu erreichen, hat die Kommission bis November 2025 sechs Omnibus-Pakete vorgelegt und weitere sechs Pakete angekündigt. Am 23. Oktober bekräftigten die Führungsspitzen der EU die Dringlichkeit dieser Agenda und forderten die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe auf, ihre Arbeit an allen Dossiers, die eine Dimension im Zusammenhang mit der Vereinfachung oder der Wettbewerbsfähigkeit aufweisen, als besonders vorrangige Angelegenheit zu beschleunigen.³

¹ Ein Kompass für eine wettbewerbsfähige EU (2025).

² Ein einfacheres und schnelleres Europa: Mitteilung über die Umsetzung und Vereinfachung, S. 6 (Dok. 6198/25).

³ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 23. Oktober 2025.

Die Umsetzung der Agenden für Vereinfachung, bessere Rechtsetzung, Umsetzung und Durchsetzung ist sowohl für die Unternehmen als auch für die Arbeitnehmer in der EU wichtig. So hat die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in ihrer Grundsatzrede auf der Konferenz „Ein Jahr nach dem Draghi-Bericht“ Folgendes zum Ausdruck gebracht: „*Wenn wir über Wettbewerbsfähigkeit sprechen, sprechen wir über Arbeitsplätze. Es geht um gute Gehälter für die Menschen und gute Gewinne für Unternehmen. Es geht um unsere europäische Lebensweise.*“

Die Umsetzung dieser Vereinfachungsagenda erfordert eine noch sorgfältigere Bewertung, durch die Kommission, *ob* die EU regulieren sollte und, durch die gesetzgebenden Organe und die Kommission, *wie* die EU regulieren sollte. Wenn eine Verordnung vorgeschlagen, ausgehandelt und angenommen wird, muss in allen Phasen sichergestellt werden, dass der erwartete Nutzen die zusätzlichen Verwaltungskosten rechtfertigt. Darüber hinaus muss der bestehende Besitzstand – als Teil des Vereinfachungsprozesses – ständig überprüft werden, um sicherzustellen, dass er weiterhin relevant und zweckmäßig ist.

Es sollten Anstrengungen zur Regulierung, Vereinfachung und Verbesserung der Durchsetzung unternommen werden, um hohe Standards zu wahren und sicherzustellen, dass alle Arbeitnehmer über hochwertige Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeitsbedingungen verfügen, die zu Wachstum, Gemeinwohl und Wohlstand in der EU beitragen, und um unsere Sozialstandards und einen starken sozialen Dialog aufrechtzuerhalten.

Vor diesem Hintergrund hat die Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für soziale Rechte und Kompetenzen, hochwertige Arbeitsplätze und Vorsorge ihren jährlichen Fortschrittsbericht 2025 über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung⁴ veröffentlicht, den sie dem Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) auf seiner Tagung im Dezember 2025 vorlegen wird. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Umsetzung und Durchsetzung, zusätzlich zu einem umfassenden Stresstest des sozialen Besitzstands der EU bis zum Ende des Mandats.

⁴ [Jahresfortschrittsbericht 2025 über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung der Exekutiv-Vizepräsidentin Roxana Mînzatu – Europäische Kommission](#)

Fragen für die Aussprache

Die Delegationen werden gebeten, sich zu einer oder mehreren der folgenden Fragen zu äußern. Jeder Delegation wird eine Redezeit von höchstens drei Minuten zugewiesen:

- 1. Welche Maßnahmen sollte die Europäische Kommission Ihrer Ansicht nach in Bezug auf neue Vorschläge und bestehende Rechtsvorschriften ergreifen, um ihr Ziel zu erreichen, den Verwaltungsaufwand bis 2030 um 25 % zu verringern und sicherzustellen, dass der soziale Besitzstand relevant, verhältnismäßig und zweckmäßig bleibt?*
 - 2. Was können die Mitgliedstaaten als Mitgesetzgeber im Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) tun, um sicherzustellen, dass neue Vorschriften und andere EU-Instrumente im Hinblick auf ihre Ziele angemessen und verhältnismäßig sind und dort Ergebnisse liefern, wo es für die Bürgerinnen und Bürger am wichtigsten ist?*
 - 3. Welche nationalen oder EU-Maßnahmen zur Umsetzung und Durchsetzung der EU-Rechtsvorschriften können dazu beitragen, ihre Ziele zu erreichen und letztlich eine wettbewerbsfähige Union voranzubringen?*
-